

Der BUND Braunschweig setzt sich für eine Reihe von Themen wie Verkehr, Klimaschutz, Grünflächen und Naturschutz in der Stadt ein. Unsere Mitglieder verfolgen dabei nicht nur praktische Interessen, sondern sind auch an politischen Fragestellungen interessiert. Mit diesem Hintergrund würden wir Sie daher gerne im Vorfeld der Kommunalwahlen 2016 bitten, uns Ihre Position/Ihre Konzepte zu folgenden Themen & Fragen mitzuteilen:

1. Verkehr allgemein

Braunschweig ist eine Stadt, die von einem typisch großstädtischen Individualautoverkehr geprägt ist. Dies ist für weder für die Anwohner gut und noch aus ökologischen Gründen (Lärm, Schadstoffe, Versiegelung) sinnvoll.

Setzen Sie sich für die Förderung des ÖPNV und des Fahrradverkehrs ein?

Welche konkreten Maßnahmen unterstützen Sie?

Die LINKE will eine Förderung des ÖPNV und des Fahrradverkehrs. Deshalb sollen alle neuen Baugebiete sofort und gut an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen werden. Bezüglich Taktung des Bus- und Bahnverkehrs, besonders in Spitzenzeiten, gibt es in Braunschweig noch einiges zu tun. Auch die Preisgestaltung sollte neu durchdacht werden, so wäre beispielsweise eine Zehnerkarte für Kinder ein erster Schritt. Wir wollen auch eine Steigerung des Radverkehrs erreichen durch weitere Einrichtung von Fahrradstraßen, aber auch durch stärkere Bevorrechtigungen des Radverkehrs beispielsweise bei Ringgleichquerungen, aber auch anderen Straßen. Unnötig lange Wartezeiten an Ampeln (s. Hildesheimer Straße) machen das Radfahren unattraktiver. Wir brauchen einen weiteren Ausbau von Fahrrad-Ampeln und in vielen Bereichen der Stadt mehr Radstellanlagen, um nur einige Maßnahmen zu benennen.

2. Stadtstraße-Nord

Von Seiten der Stadtverwaltung wird die Stadtstraße-Nord als eine "Hauptverkehrsstraße" mit einer Verkehrsbelastung von ca. 13.000 Kfz pro Tag geplant. Daneben existiert ein alternativer Entwurf (MoVeBS, planerisch durch Fachexpertise abgesichert), der auf eine reine Wohngebietsanschlusung abzielt. Dabei wird die Zielzahl auf rd. 5.000 Kfz-Fahrten pro Tag herabgesetzt, eine Kostenreduktion von mehr als 6 Millionen Euro erreicht und eine Flächenversiegelung vermieden, die etwa 3 Fußballfeldern entspricht.

Für welche Variante werden Sie in der Kommunalpolitik eintreten?

Die Gestaltung der Stadtstraße-Nord ist in der jetzigen Wahlperiode im Rat und den Ausschüssen kontrovers diskutiert worden. Es stimmt natürlich, dass neue Straßen in der Regel neue Verkehre erzeugen, andererseits muss ein relativ großes Baugebiet verkehrstechnisch gut angeschlossen werden und darf nicht zu Lasten der Bewohnerinnen und Bewohner anderer Stadtteile gehen. Die Problematik ist nach Ansicht der LINKEN nur so lösbar, dass man versucht, den motorisierten Individualverkehr möglichst gering zu halten, indem intelligente Konzepte im neuen

Wohngebiet angeboten werden, so eine gute Erschließung durch den ÖPNV, durch Carsharing-Angebote, gute Fahrrad-Anbindung usw.

3. Verkehrsbelastung in Watenbüttel

Eine Ortsumgehung Watenbüttel wurde für den vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan vorgeschlagen. Der BUND Braunschweig erkennt die prekäre Verkehrssituation in Watenbüttel an, sieht aber Möglichkeiten zu verkehrsberuhigenden Maßnahmen, ohne in das FFH-Gebiet Nördliche Okeraue einzugreifen. Umfangreiche Vorschläge wurden bereits von der Stadtverwaltung vorgeschlagen (z.B. Verkehrslenkung durch entsprechende Beschilderung auf der Autobahn), aber bisher nicht umgesetzt. Ein Bau der Ortsumgehung wie er im Bundesverkehrswegeplan dargestellt ist, würde nur zu einer Verlagerung des Verkehrs nach Veltenhof führen, ohne das eigentliche Problem zu lösen.

Wie ist die Position Ihrer Partei dazu?

Wir teilen hier die Position des BUND voll und ganz. Im Sinne und Interesse der Watenbüttler Bevölkerung müssen die Vorschläge zur Verkehrsentlastung durch entsprechende Hinweise (Verkehrslenkung) bzw. auch Einengungen endlich umgesetzt werden.

4. Baugebiete und biologische Vielfalt

In Braunschweig werden zurzeit viele Baugebiete ausgewiesen. Diese Flächen stellen Lebensräume für diverse Tier- und Pflanzenarten dar, darunter auch geschützte Arten (z.B. Fledermäuse, Tagfalter). Der BUND sieht auch bei Neuerschließungen von Brachflächen und bei der Durchführung von Wohnungsbaumaßnahmen die Möglichkeit, den Verlust an biologischer Vielfalt durch Erweiterung der Bebauungspläne hinsichtlich Naturschutzaspekten einzuschränken. Er schlägt dafür folgende Maßnahmen vor:

- A. den Erhalt von (alten) Baum- und Heckenbeständen durch Integration in Grünflächen
- B. Fassaden- und Dachbegrünungen
- C. Installation von Fledermauskästen und Nisthilfen für Vögel, inkl. Gebäudebrüter
- D. naturnahe Gestaltung und Pflege der Grünflächen, so dass sie als Nahrungsbiotope dienen können
- E. Ausweisung von geschützten Landschaftsbestandteilen in Randbereichen von Baugebieten (z.B. Ruderalflächen oder Magerrasen auf alten Bahnflächen)

Welche der Vorschläge werden Sie bei der Genehmigung neuer Baugebiete unterstützen?

Die in der Frage genannten Maßnahmen machen (bezogen auf die jeweilige Beschaffenheit des Baugebietes) Sinn und werden von uns unterstützt. Für einige Maßnahmen, wie beispielsweise naturnahe Gestaltung und Pflege von Grünflächen, gilt es aber die Bevölkerung mit ins Boot zu holen, indem hier durch Öffentlichkeitsarbeit ein entsprechendes Bewusstsein geweckt wird. In diesem Bereich muss von Seiten der Stadt noch mehr getan werden.

5. Baugebiete unter dem Gesichtspunkt Klimaschutz

Wo sehen Sie eine Grenze der Innenverdichtung?

Halten Sie es für vertretbar, bestehende Grünflächen oder Kleingärten zu überbauen?

Die LINKE spricht sich für eine Innenverdichtung aus, um dem Flächenverbrauch an den Rändern der Stadt entgegen zu treten. Aber eine solche Innenverdichtung muss mit Augenmaß erfolgen. Einen Kahlschlag wie beispielsweise am Langen Kamp/Gliesmaroder Straße halten wir für völlig falsch, weil hier eine wichtige „grüne

Lunge“ vernichtet wurde. Einer Überbauung von Grünflächen oder Kleingärten werden wir nicht zustimmen.

6. Baumschutz

Durch die Ausweisung neuer Baugebiete fielen in Braunschweig z.B. im letzten Winter zahlreiche, auch alte Bäume der Säge zum Opfer. Nachgepflanzt werden kleine und eher niedrig wachsende Arten, die die Funktion der alten Bäume hinsichtlich des Klimaschutzes, des Temperatenausgleichs und der Filterwirkung nicht annähernd ausgleichen können.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Bäume in Braunschweig besser geschützt werden?

Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie unterstützen?

- A. Unterschutzstellung einzelner Bäume als Naturdenkmal
- B. Fördermaßnahmen wie kostenlose Beratung und Zuschüsse zur Pflege bei Erhaltung alter Bäume
- C. Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung
- D. Förderung von Neupflanzungen großwachsender heimischer Bäume

Haben Sie weitere Vorschläge?

Die LINKE hält den Erhalt alter Bäume für sehr wichtig und teilt somit die Ansicht des BUND.

Die in der Frage aufgezählten Maßnahmen sind alle sinnvoll, wobei die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung die schwierigste sein dürfte, sowohl in den politischen Gremien als auch in der Akzeptanz der Bevölkerung. Wichtig wäre durch Öffentlichkeitsarbeit hier ein noch stärkeres Bewusstsein der Bevölkerung zu erreichen, welchen Wert Bäume für uns Menschen haben. Insofern sollte zunächst ein Schwerpunkt auf die Maßnahme B gelegt werden, langfristig halten wir aber eine Baumschutzsatzung (wie die im Einzelnen aussehen sollte, müsste noch genauer diskutiert werden) für richtig.

Durch die Aufhebung der Baumschutzsatzung gibt es augenblicklich in Braunschweig keinen Überblick darüber, wie viele wertvolle alte Bäume es gibt. Hier wäre es wichtig, zumindest in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme hinzubekommen.

7. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Flächen, die für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen herangezogen wurden, bieten eine hervorragende Möglichkeit, die biologische Vielfalt zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es aber geeignete Kontroll- und Pflegemaßnahmen. Viele der Flächen werden nicht oder nur in langen Abständen kontrolliert.

Setzen Sie sich für eine Verbesserung der Situation ein?

Welche Maßnahmen werden Sie in den Stadtrat einbringen? Ist die Einführung eines Monitoringsystems inkl. Maßnahmenkatalog vorgesehen, die bei Handlungsbedarf umgesetzt werden?

Eine Kontrolle und die entsprechende Pflege der Ausgleichsflächen ist notwendig und dies ist in der Vergangenheit im Fachausschuss schon angesprochen worden. Hier muss noch einiges getan werden, um Transparenz herzustellen. Ein Monitoringsystem und ein entsprechender Maßnahmenkatalog halten wir für sinnvoll.

8. Zuweisung von öffentlichen Plätzen an Zirkusse

Wie stehen Sie zur Haltung wildlebender Tiere wie Elefanten, Bären, Tigern etc. in Zirkussen?

Können Sie sich vorstellen, eine Satzung oder Ähnliches zu verabschieden, öffentliche Plätze der Stadt zukünftig nur an Zirkusunternehmen zuzuweisen, die ohne wildlebende Tiere auftreten?

Die Zukunft der Zirkusse liegt ganz sicher in Auftritten ohne wildlebende Tiere, zumal eine artgerechte Haltung dieser im Zirkus kaum möglich ist.

Die Umsetzung einer entsprechenden Satzung müsste geprüft werden.